



öffentlich

Betreff:

Fachgespräch zur Verbesserung der Bildungs- und Förderungsqualität an Potsdamer Schulen

Einreicher: Fraktionen SPD, DIE LINKE

Erstellungsdatum: 15.02.2022

Freigabedatum: 15.02.2022

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.03.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, ein Fachgespräch mit Expertinnen und Experten aus Schule und Jugendhilfe, Vertreterinnen und Vertretern der zuständigen Ausschüsse sowie unter Einbeziehung des MBS und MSGIV durchzuführen. Ziel ist es, pandemiebedingte sowie grundsätzliche Probleme zu identifizieren, um daraus notwendige Maßnahmen und Unterstützungsangebote zu schaffen. Dies soll sicherstellen, dass auf die individuellen Anforderungen der Schulen eingegangen werden kann.

Dabei sind insbesondere:

- die Grundsätze der Bildungs- und Chancengerechtigkeit sowie gleichwertige Verhältnisse zu berücksichtigen,
- psychosoziale sowie gesundheitliche Aspekte zu berücksichtigen,
- die modernen Bildungs- und Förderungsanforderungen mit einzubeziehen,
- Rechtsgrundlagen und tatsächliche Gegebenheiten gegenüberzustellen,
- Zuständigkeiten zu benennen,
- kurz-, mittel- und langfristige Lösungen, entsprechend den identifizierten Handlungsfeldern, zu entwickeln.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung spätestens im 4. Quartal 2022 vorzustellen.

gez. Dr. S. Zalfen
Fraktionsvorsitzende Fraktion SPD

gez. Dr. H. Wegewitz

gez. Dr. S. Müller
Fraktion DIE LINKE

gez. S. Wollenberg

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Seit Beginn der Pandemie wird das deutsche Schulsystem immer stärker an seine Belastungsgrenze gebracht. Dies spiegelt sich auch in der jüngsten Studie der Initiative: „Tag der Bildung“ wider, in welcher die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler angaben, nicht mehr an Bildungsgerechtigkeit zu glauben. Jüngste Zahlen der Bundeszentrale für politische Bildung stützen diese Wahrnehmung, da sie feststellten, dass 20 % aller Kinder und Jugendlichen von Armut bedroht seien. Dass Bildung mit Armut zusammenhängt, ist dabei hinlänglich wissenschaftlich belegt und bewiesen und bedarf hier keiner weiteren Erläuterung.

In Potsdam berichten insbesondere die Schulen in den besonders beanspruchten Quartieren von einer deutlichen Verschärfung der Situation für Schülerinnen und Schüler seit Beginn der Pandemie. Die ohnehin benachteiligten Kinder verlieren in Gänze den Anschluss an die Unterrichtsinhalte und zeigen zunehmend Auffälligkeiten im Sozialverhalten, dysphorische und affektive Symptome sowie starke Konzentrationsprobleme. Das Schulsystem kann hier nicht in ausreichendem Maße unterstützen. Sofern hier kein adäquates Unterstützungssystem installiert wird, ist davon auszugehen, dass (noch) mehr Kinder keine erfolgreiche Bildungsbiographie durchlaufen. Die Folgen sind mannigfaltig und betreffen nicht nur das Individuum, sondern haben auch Folgen für die Gesellschaft, wie etwa die deutlich höhere Belastung der Sozialsysteme. Diesen Teufelskreis gilt es zu durchbrechen.

In Deutschland wurden dazu bereits diverse Konzepte erfolgreich erprobt und implementiert. Dabei gilt es, diese besonders zu betrachten. Des Weiteren können auch Maßnahmen, wie das „Schülerfürsorge-Programm“ aus Finnland als Diskussionsgrundlage dienen. Diese sehen u.a. einen Psychologen, sowie eine Gesundheitsfachkraft ergänzend zum Sozialpädagogen in Schulen vor. Kinderarmut, materielle und psychosoziale Unterversorgung sind selbst im reichsten Land Europas gravierende Probleme. Für eine angemessene Familienpolitik und vorsorgende sowie pädagogische Maßnahmen im Bildungswesen zu kämpfen, muss deshalb immer Ziel der Politik sein.